

Koalitionsvertrag

für die Universitätsvertretung
an der Universität Wien

Exekutivperiode 2021-23

zwischen

Verband sozialistischer Student_innen (VSStÖ)

und

Kommunistischer Student_innenverband - Linke Liste (KSV-LiLi)

Präambel

Das Recht eines jeden Menschen auf Bildung ist ein Grundanliegen der ÖH Uni Wien. Die hochschulpolitische Situation an den Universitäten wird immer dramatischer. Sie ist geprägt von Studienplatzbewirtschaftung, Leistungsdenken, Konkurrenzprinzip und der Verwertung von Bildung und Menschen. Studierendenfeindliche Gesetzesnovellen verschärfen die Situation von Studierenden noch weiter. Studiengebühren und KnockOut-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen.

Zugangsbeschränkungen verschlimmern die Situation noch mehr, da sie in jeder Form sozial selektiv und abschreckend sind. Sie führen zu keinen Verbesserungen, sondern nur dazu, dass Frauen, Migrant_innen, Menschen mit Behinderung(en) und Arbeiter_innenkinder der Zugang zur Universität zusätzlich erschwert wird bzw. sie endgültig ausgegrenzt werden. Deshalb ist es unerlässlich, sich gegen bestehende und geplante Zugangsbeschränkungen zu stellen, auch weil diese niemals eine nachhaltige Lösung von künstlicher Ressourcenknappheit sein können. Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, die sich vor allem in der Kürzung von Sozialleistungen bemerkbar macht, wird der Raum für kritisches und reflexives Lernen und Lehren eingeschränkt.

Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Universität zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Universitäten weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen. Wir fordern das uneingeschränkte Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung! Wir fordern, dass der Staat sich dieses Auftrages annimmt.

Die aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind geprägt von Diskriminierungen. Dies betrifft die strukturelle Benachteiligung von Frauen*Lesben*Inter*Nonbinary*Trans*Agender (FLINTA*) Personen, People of Color, Migrant_innen, Personen mit Behinderungen und allen Personen, die nicht dem unerträglichen gesellschaftlichen Normbild entsprechen. Dies äußert sich unter anderem in Sexismus, Homo*Bi*Trans*Inter*feindlichkeit, Rassismus und weiteren baulichen, strukturellen und sozialen Barrieren sowie der grundsätzlichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten. Universitäten sind Teil der

Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider. Auch die ÖH Uni Wien ist kein von der Gesellschaft abgeschotteter Raum. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Mechanismen reproduzieren, und versuchen deshalb uns diesen Herrschaftssystemen durch Sensibilisierung/Workshops etc. entgegenzustellen. Die ÖH Uni Wien bekennt sich ausdrücklich und uneingeschränkt zum allgemeinpolitischen Mandat. Dies heißt, dass sie sich nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung beschränkt, sondern bestrebt ist, grundlegende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen.

Daher setzt sich die Exekutive der ÖH Uni Wien folgende Grundsätze:

Die ÖH Uni Wien versteht sich als starke, kritische, linke, politische Vertretung der Studierenden der Universität Wien. Studierende werden in ihren Anliegen innerhalb und außerhalb der Universität unterstützt und vertreten. Dies schließt selbstverständlich die aktive Nutzung des allgemeinpolitischen Mandats zur Verbesserung der Lebensumstände der Studierenden mit ein.

Die ÖH Uni Wien bekennt sich zu einer basisdemokratischen Arbeitsweise, in der Entscheidungen konsensual getroffen werden. Wir versuchen so Hierarchien zu reflektieren, sichtbar zu machen und möglichst abzubauen.

Feminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Der Legitimierung dieser Verhältnisse durch Naturalisierung und soziale Konstruktion gilt es entgegenzutreten. Wir vertreten einen queerfeministischen und intersektionalen Feminismus. LGBTQIA+ Personen sind gegen reaktionäre Angriffe und beim Ausbau sozialer Rechte zu unterstützen. Es muss die Verbindung zwischen kontinuierlichen patriarchalen Unterdrückungsmechanismen und den ökonomischen Verhältnissen aufgezeigt und durchbrochen werden.

Solidarität bedeutet sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und den steigenden Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft stark machen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen an Universitäten abgebaut werden müssen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir uns unmissverständlich und bedingungslos für ein klares Auftreten gegen diese Verhältnisse einsetzen. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Insbesondere soll nicht - wie oft von der Regierung - nur Symptombekämpfung betrieben werden, sondern alles daran gesetzt werden Verschlechterungen schon im Voraus zu bekämpfen. Es ist Aufgabe der ÖH, Sensibilisierung für rassistische Diskurse und Mechanismen zu fördern und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus zu entwerfen. Gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturelrelativistische Argumente und völkisches Denken, bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus.

Die ÖH Uni Wien vertritt eine ökologisch-nachhaltige Politik, die vor allem die Produktionsverhältnisse thematisiert und sich nicht auf verkürzte Konsumkritik beschränkt. Gesellschaftlich Benachteiligte werden von einer Politik, die sich nicht um Ökologie kümmert, härter getroffen als andere. Daher treten wir für eine lebenswerte Umwelt für alle ein und fokussieren uns auf die soziale Komponente ökologischer Politik. Versuche den Kapitalismus nachhaltiger zu gestalten, sind kein Ausweg aus der ökologischen und sozialen Krise.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten. Dabei ist wichtig, den Zusammenhang von Erinnerungspolitik und nationaler Geschichtsschreibung zu thematisieren. Das bedeutet den Opfermythos anzugreifen, bürgerlichen Antifaschismus zu hinterfragen und Antisemitismus sowie Antikommunismus als einendes Moment reaktionärer Kräfte zu begreifen.

Der Nationalismus als Ideologie dient der Legitimation bürgerlicher Staatlichkeit. Als solcher errichtet er eine vermeintliche Differenz zwischen Menschen, die sowohl dem sozialen Ausschluss - das zeigt sich in der österreichischen Minderheitenpolitik und Integrationsdiskursen - als auch der Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standortes dient. Der österreichische Nationalismus konstituiert sich als korporatistisches System.

Die Stellung der ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts ist im Zusammenhang mit der sozialpartner_innenschaftlichen Ausprägung des Kapitalismus in Österreich zu hinterfragen. Der Leitkulturbegriff ist ebenso abzulehnen, wie nationalistische Argumentation in Hochschul- und Gesellschaftspolitik. Die ÖH Uni Wien wird jeglicher Regierung mit rechtsextremer oder rechtskonservativer Beteiligung entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Unser Ziel einer offenen und emanzipatorischen Gesellschaft drückt sich auch dadurch aus, dass eine solche unweigerlich frei von Einwirkungen durch religiöse Ideologien und klerikale Strukturen sein muss. Nicht nur das Konkordat, welches längst abgeschafft gehört hätte, spiegelt den enormen Einfluss von reaktionären Gruppen wider, der im krassen Gegensatz zu unseren Grundsätzen steht. Die Bedeutung von Kirchen im Staat muss kritisiert und ihre gesellschaftspolitische Autorität vermindert werden. Beispielgebend für diesen Einfluss ist die Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen, welche zwar einen ersten Schritt zur körperlichen Selbstbestimmung darstellt, aber als ungesicherte rechtliche Grauzone ständig von konservativen Kräften in Frage gestellt wird. Diese Errungenschaften müssen erhalten, verteidigt und ausgebaut werden. Allgemein ist festzuhalten, dass unser Ziel immer noch und weiterhin eine offene und emanzipatorische Gesellschaft ist.

Antikapitalismus beschreibt die Ablehnung einer Klassengesellschaft, die dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über Produktionsmittel verweigert. Das kapitalistische System hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und antikapitalistische Kritik muss daher in jedem Themenbereich berücksichtigt werden. Vor allem muss diese Kritik jedoch im Bildungsbereich mitgedacht werden, da Bildung derzeit den alleinigen Zweck der Reproduktion der bestehenden Klassenverhältnisse unterstützt. Diese Entwicklung muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

Es gilt die Ursachen der bestehenden sozialen Verhältnisse aufzuzeigen und die herrschende Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmaximierung dient, zu überwinden. Arbeitskämpfe sind kritisch zu unterstützen, dabei

muss jedoch zugleich die Begrenztheit dieser Mittel im bürgerlichen Staat reflektiert werden. Antikapitalismus beschreibt für uns die Notwendigkeit der Überwindung eines gegen Menschen agierenden Systems. Klassenverhältnisse spielen in der Gesellschaft und somit auch an der Uni eine Rolle. In der ÖH und auch überall sonst gilt es, diese Verhältnisse aufzuzeigen und deren Unterdrückungsmechanismen und daraus erwachsende Privilegien kritisch zu reflektieren. Ebenfalls ergibt sich aus diesem Grundsatz eine klare Solidarisierung mit bzw. Parteilangriff für benachteiligte Personen und Gruppen. Dazu soll nicht nur die Rolle der ÖH Uni Wien als politische Interessensvertretung genutzt werden, sondern auch aktive Solidarität, Unterstützung und Beratung aller benachteiligten Studierenden ausgeübt werden. Dies schließt ein, die ökonomische und soziale Lage von Studierenden nicht hinzunehmen, sondern insbesondere jene Studierende, die aufgrund ihrer ökonomischen Situation Nachteile erfahren müssen, im Rahmen der Möglichkeiten der ÖH Uni Wien aktiv zu unterstützen.

Biologisierende, kulturalisierende und hegemoniale Erklärungen für soziale Verhältnisse lehnen wir ab. Mehrfachdiskriminierungen sind in allen Fällen zu berücksichtigen.

Die tägliche Arbeit der ÖH Uni Wien ist eine Arbeit von, für und mit Student_innen. Dementsprechend wird versucht, möglichst viele Student_innen an der ÖH-Arbeit teilhaben zu lassen, sei es um wertvolle Erfahrungen zu sammeln oder interessante Projekte umzusetzen. Hierfür ist notwendig, dass die ÖH für Student_innen leicht zugänglich ist. Die ÖH Uni Wien soll präsent und in ihrem Tätigkeitsfeld noch bekannter werden. Dies bedeutet unter anderem, dass Informationen und Arbeitsprozesse der ÖH Uni Wien greifbar sind. Außerdem muss die Zusammenarbeit mit allen Ebenen der ÖH Uni Wien gestärkt werden, beispielsweise durch Einbeziehung von betroffenen Personen und Instanzen in Entscheidungsprozesse. Statt eines paternalistischen Services setzt die ÖH Uni Wien auf solidarische Beratung zur Selbstermächtigung.

Die ÖH Uni Wien betreibt eine Politik, die sich der Emanzipation und dem menschlichen Wohl für alle verpflichtet fühlt. Das Ziel dieser Politik ist die Abschaffung jeglicher Unterdrückungsverhältnisse und eine befreite Gesellschaft.

FLINTA*-Quote

Die ÖH Uni Wien bekennt sich dazu, strukturelle FLINTA*-Förderung tagtäglich zu leben und strebt eine FLINTA*-Quote von mindestens 50% in allen Referaten an.

Projekte

Kampagne gegen Prekariat

Die Corona-Krise hat verdeutlicht, welche katastrophalen Auswirkungen prekäre Arbeitsverhältnisse für die Studierenden, aber auch für alle Menschen haben, die ihre Arbeitskraft unter derartigen Bedingungen verkaufen müssen. Anstatt mit reiner

Symptombekämpfung auf diese Zumutung des Spätkapitalismus zu reagieren, sieht es die ÖH Uni Wien als zentralen Ansatzpunkt für die Studierendenvertretung, diese Problematik auf die allgemeine politische Tagesordnung zu setzen. Waren in der Pandemie zehntausende Studierende mit dem plötzlichen Verlust ihrer Existenzsicherung bedroht, so darf auch nicht vergessen werden, dass menschenunwürdige Arbeitsbedingungen auch abseits dieses Lebensabschnitts die Realität von Hunderttausenden Menschen in Österreich prägen. Oftmals ist dabei eine nicht vorhandene österreichische Staatsbürger:innenschaft nicht nur Voraussetzung der Rechtlosigkeit, sondern auch eine politisch gewollte Form kapitalistischer Ausbeutung. Die Kämpfe gegen prekäre Arbeitsbedingungen und für die Organisation von Betroffenen sind derzeit vereinzelt und können damit leicht von den politisch Verantwortlichen ignoriert werden. Die "Fight Precarity!"-Kampagne soll daher Kämpfe verbinden, die Sichtbarkeit erhöhen und Menschen zur aktiven und gemeinsam solidarischen Verbesserung ihrer Lebensrealität motivieren.

Konkret soll es eine Werbekampagne (Plakat-, Inserat- und Werbespot-Schaltungen), regelmäßige Vernetzung mit Initiativen (zB: Fahrrad-Bot_innen, Erntehelfer_innen, Pfleger_innen, Gewerkschaftsinitiativen wie GPA-djp-"Work@flex", UnDok, IG Kultur, den freien Arbeiter_innensyndikaten) und ein Volksbegehren zur Ermöglichung von Arbeitslosengeld für Studierende und alle prekär Beschäftigten geben. Gleichzeitig soll im Rahmen der Kampagne auch auf die Anlaufstellen, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten der ÖH Uni Wien hingewiesen und ein Schwerpunkt auf die sozialen Angebote der ÖH Uni Wien gelegt werden.

Antirassismus-Kongress und Kampagne gegen Diskriminierung an der Hochschule

Die ÖH Uni Wien organisiert einen Kongress zum Thema materialistischer Antirassismus. Er untersucht die verschiedensten Formen und Ausprägungen von (anti-muslimischem) Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, sowie Rassismus gegenüber geflüchteten Studierenden, historisch als auch aktuell. Die ÖH Uni Wien verfolgt damit das Ziel, rassistische Strukturen in der Bildung zu kritisieren und emanzipative Bildungsarbeit zum gesamtgesellschaftlichen Thema Rassismus zu leisten. Insofern sollen primär theoretische Ansätze präsentiert werden, die einen Beitrag dazu leisten können.

Kritische Einführungstage

Am Anfang jedes Wintersemesters sollen kritische Einführungstage organisiert werden.

In diesen Tagen sollen alle Erstsemestrigen (ebenso offen für ältere Semester) die Möglichkeit haben, sich niederschwellig auf kritisches Denken und Gesellschaftspolitik in der Universität heranzutasten. (Neue) Studierende sollen sich vernetzen und dabei auch ihr kritisches Denken angeregt bzw. ausgebaut werden. Sie sollen die Grundannahmen ihrer wissenschaftlichen Disziplinen mithilfe des von der ÖH Uni Wien gestellten Rahmen emanzipatorisch und reflektiert hinterfragen lernen, damit soll ein Gegenpol zum vorherrschenden neoliberalen Wissenschaftsbetrieb gegeben werden.

Im Rahmen eines mehrtägigen Programms sollen niederschwellige Vorträge, Diskussionen und Workshops (zu Themen wie kritische Wissenschaft, Feminismus, neoliberale Hochschule, Rechtsextremismus,...) stattfinden. Dazu könnten auch kritische Stadtpaziergänge, Filmvorführungen und am Ende der Woche eine Campusparty organisiert werden.

Erstsemestrigenberatung

Die Universitätsvertretung organisiert zum Semesterstart eine Beratung primär für Erstsemestrige in enger Kooperation mit den Studienvertretungen. Das Partizipationsreferat ist für die Planung zuständig; es kann aber auch eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Sowohl das Beratungszentrum der Universitätsvertretung als auch möglichst viele Studienvertretungen sollen gemeinsam verfügbar sein, um Anliegen rund um den Studienstart zu beraten. Dabei soll Hilfe zur Selbstorganisation angeboten werden, die sich klar gegen die Zumutungen eines neoliberalen und verschulden Unisystems richtet. Die Sichtbarkeit der ÖH in ihren verschiedenen Ebenen soll gestärkt werden und Erstsemestrigen von Anfang an das breite Beratungsangebot nähergebracht werden.

Partizipationstag aka Linke Messe

Jedes Semester soll ein Partizipationstag aka Linke Messe der ÖH Uni Wien stattfinden. Im Rahmen dessen haben alle Studierenden die Möglichkeit, die ÖH Uni Wien und andere linke Strukturen kennenzulernen, sich zu vernetzen und sich auszutauschen. Dabei soll es die Möglichkeit für linke Gruppen geben, Vorträge und Workshops zu veranstalten. Abgerundet wird der Partizipationstag mit (Live-)Musik und Verpflegung.

Sichtbar machen der Arbeit: Tour der beratenden Referate

Die ÖH Uni Wien setzt sich in den nächsten 2 Jahren besonders das Ziel, die bereits laufend passierende Arbeit der ÖH sichtbarer und niederschwelliger zu machen. Um den Studierenden die ÖH unbürokratisch näher zu bringen können Referate die das wollen deshalb an verschiedenen Standorten der Uni Wien "touren" und vor Ort mit den Studierenden in Kontakt treten.

Am Thema gratis Menstruationsprojekte dran bleiben

Erste Schritte sind geschafft, wenn es um gratis Menstruationsartikel an der Uni Wien geht. Die ÖH Uni Wien setzt sich für den flächendeckenden Ausbau von unterschiedlichen Menstruationsartikel in allen WC-Anlagen der Uni Wien ein. Die Kosten dafür muss selbstverständlich die Uni Wien tragen.

Kritische Rechtsextremismusforschung

Die ÖH Uni Wien setzt sich gegenüber der Uni Wien auf verschiedenen Ebenen für eine kritische Rechtsextremismusforschung ein. Diese soll in Forschung und Lehre etabliert werden. Längerfristig ist das Ziel, ein Institut dafür zu schaffen.

UG-Novelle in die Öffentlichkeit bringen

Die UG-Novelle von 2021 bedeutet massive Verschlechterungen für Studierende. Sobald es die politischen Umstände zulassen sieht es die ÖH Uni Wien als ihre Aufgabe die UG-Novelle wieder in den öffentlichen Diskurs zu rücken. Dies soll mit Hilfe von Presseaussendungen, social-media-Posts und allen anderen der ÖH Uni Wien zur Verfügung stehenden Kanälen geschehen.

Topf für Psychotherapie

Es soll ein eigener Fördertopf errichtet werden, der dazu dient Studierenden die Psychotherapie in Anspruch nehmen, in finanziell prekären Situationen zu unterstützen. Die Konzeption des Fördertopfs soll im Studienjahr 2021/22 gemeinsam erarbeitet werden.

Kostenzuschüsse für Sprachkurse

Die ÖH Uni Wien soll Kostenzuschüsse auch für verpflichtende Sprachnachweise, die von Studierenden für ihr Studium verlangt werden, ausstellen. Darunter fallen zum Beispiel aber nicht ausschließlich der Lateinnachweis für Studiengänge wie Geschichte oder Rechtswissenschaften.

Arbeiter_innenkinderstammtisch

Besonders Arbeiter_innenkinder, aber auch jene Studierende, die zu den sogenannten "First-Generation Students" zählen können sich mit Wissenschaftler_innen ihres Studiums treffen. Die Organisation fällt ins Woref und soll in enger Kooperation mit den StVn passieren. Generell soll ein vermehrtes Angebot von Stammtischen organisiert von den Referaten angestrebt werden.

Stundenweise Kinderbetreuung

Über den Sommer wird das Sozialreferat mit geeigneten Stellen in Kontakt treten mit dem Ziel, eine stundenweise Kinderbetreuung für Uni Wien Studierende einzurichten. Diese sind zum Beispiel: HTU, Kinderbüro Uni Wien, ÖH-Kindergarten, Kinderfreunde Wien.